

Budget 2027 mit Integriertem Aufgaben- und Finanzplan 2028–2030

Beilage 3: Übersicht neuer Stellenbegehren

Stellenbezeichnung	Kaufm. Fachspezialist/in HR	Pflegekoordinator/in / Case Manager/in
Verwaltungseinheit	DFG / Personal und Organisation	DFG / Gesundheit / Koordination Gesundheit
Kostenstelle	20200	20408
Personalsituation der Verwaltungseinheit:	Stellenprozente 400 % Anzahl Mitarbeiter 4	Stellenprozente 130 % Anzahl Mitarbeiter 3
Lohnkosten (KA 3010.00)	Rechnung 2025: 489'931 Fr. Budget 2026: 519'000 Fr.	Rechnung 2025: 136'638 Fr. Budget 2026: 140'500 Fr.
Aufgaben der Verwaltungseinheit	Verantwortung für das ganze Personalwesen der kantonalen Verwaltung	Die Fachstelle Koordination Gesundheit unterstützt die Glarner Bevölkerung und Leistungserbringer im Bereich Gesundheit und Soziales mit Informations- und Beratungsangeboten sowie gesundheitsfokussierter Koordination/Case Management um so eine längere ambulante Versorgung der Betroffenen zu ermöglichen (vgl. Art. 14 PBG).
Erläuterungen zum Stellenbedarf	Der Lohn- und administrative Bereich (inkl. Zeiterfassung, Datenschutz, HR Prozesse) verfügt über 220 Stellenprozenten, aktuell besetzt sind 200 Stellenprocente. Aufgrund von Aufgabenverschiebungen wird der Lohn- und admin. Bereich künftig 180 Stellenprozente umfassen. Für Rekrutierungen (die Anzahl Vakanzen ist seit langem auf einem hohen Niveau) sollten mind. 100 Stellenprozente zur Verfügung stehen. Für die Rekrutierung von Führungsfunktionen sowie vereinzelt auch für Fachspezialistenfunktionen ist die HAL P&O verantwortlich, dazu braucht es im Schnitt 30-40 Stellenprozente. Es wären also 60 Stellenprozente nötig zur Sicherstellung eines professionellen Rekrutierungsprozesses. Mit der Anpassung des Lohn- und admin. Bereichs können 40	Die Nachfrage nach den Dienstleistungen der Koordination Gesundheit ist seit Einführung stetig gestiegen. So nahmen z. B. die Anfragen seit dem Jahr 2021 um über 36 Prozent zu. Gleichzeitig ist aufgrund der demografischen Entwicklung und der Ambulantisierung der Gesundheitsversorgung ein weiterer Anstieg der Nachfrage absehbar. Die Fälle sind in den letzten Jahren zudem tendenziell komplexer geworden, psychische und somatische Probleme fliessen ineinander. Die Koordination Gesundheit entlastet die Leistungserbringer im Gesundheitswesen wirksam und

Stellenbezeichnung	Kaufm. Fachspezialist/in HR	Pflegekoordinator/in / Case Manager/in
	Stellenprozente für die Rekrutierungsaufgaben verwendet werden. Es werden zusätzliche 20 Stellenprozente auf Stufe Fachspezialist beantragt. Damit stünden 60 Stellenprozente für die Rekrutierung einer zusätzlichen Fachspezialistin zur Verfügung.	bringt, wie ein Gutachten von KPMG im Jahr 2022 gezeigt hat, einen hohen volkswirtschaftlichen Nutzen.
Aufgaben/ Kompetenzen	• Rekrutierung auf Sachbearbeiter- und Fachspezialistenstufe • Fachliche Beratung der Beratung im Rahmen des Rekrutierungsprozesses • -Mitarbeit bei Projekten im Bereich Personalmarketing	• Case Management in und Koordination von komplexen Pflegesituationen • Beratung und Vernetzung von Betroffenen, Angehörigen, Drittpersonen und Leistungserbringern insbesondere zu ambulanter Pflege- und Betreuung • Information und Auskunft zu Gesundheitsfragen und Angeboten
Anforderungsprofil	• Fachausweis im Personalwesen • Fundierte und breite Rekrutierungserfahrung • Digital affin und zeitlich flexibel	• Pflegefachperson mind. Ausbildungsstufe HF oder FH mit Zusatzausbildung MAS, CAS, NDS in Case Management o.ä. • Mehrjährige Berufstätigkeit in unterschiedlichen Pflegesettings mit Schwerpunkt Spitex
Grund für das Stellenbegehren	☐ neue Aufgabe (Bund) ☐ neue Aufgabe (neue Gesetzte/Verordnungen) ☐ Stelle finanziert sich selber (Ertrag) / führt zu Einsparungen ☐ strategische Bedeutung der Aufgabe / Stelle ☐ Legislaturziel/Massnahme aus Legislaturplanung ☐ politische Relevanz/Aktualität ☒ wachsendes/zunehmendes Arbeitsvolumen	☐ neue Aufgabe (Bund) ☐ neue Aufgabe (neue Gesetzte/Verordnungen) ☐ Stelle finanziert sich selber (Ertrag) / führt zu Einsparungen ☒ strategische Bedeutung der Aufgabe / Stelle ☐ Legislaturziel/Massnahme aus Legislaturplanung ☐ politische Relevanz/Aktualität ☒ wachsendes/zunehmendes Arbeitsvolumen
Einsparung aufgrund der neuen Stelle	Nein, aber eine interne Verschiebung der Stellenprozente und dadurch effizientere Nutzung der vorhandenen Ressourcen	Nein, nicht innerhalb der Verwaltung
Arbeitspensum	20 %	20 %
Dauer	unbefristet	unbefristet
Lohnband	7	8
Lohnkosten	2027: 20'800 Fr. 2028: 24'960 Fr.	2027: 33'720 Fr. 2028: 33'720 Fr.

Stellenbezeichnung	Kaufm. Fachspezialist/in Familienfragen	Schulpsychologe / Schulpsychologin
Verwaltungseinheit	DBK / Volksschule und Sport / Gesellschaft	DBK / Volksschule und Sport / Schulpsychologischer Dienst
Kostenstelle	30102	30150
Personalsituation der Verwaltungseinheit:	Stellenprozente 130 % Anzahl Mitarbeiter 3	Stellenprozente 390 % Anzahl Mitarbeiter 6
Lohnkosten (KA 3010.00)	Rechnung 2025: 287'591 Fr. Budget 2026: 302'000 Fr.	Rechnung 2025: 348'535 Fr. Budget 2026: 393'000 Fr.
Aufgaben der Verwaltungseinheit	Aufgaben der ehemaligen Fachstellen Integration (60%) und Familie (50%) sowie die Gleichstellungsanliegen (20%), total 130% aus dem Stellenplan. In diesen Lohnkosten der Fachstellt enthalten sind nochmals 130%, die vollumfänglich über das kantonale Integrationsprogramm KIP laufen (können auch nur hierfür verwendet werden) und nicht zum Stellenplan gehören. Der Bund übernimmt im Rahmen des KIP 1/2 der Kosten und die Gemeinden und der Kanton je 1/4.	Abklärung zur Ermittlung des individuellen Bedarfs bei verstärkten sonderpädagogischen Massnahmen (Sonderschulmassnahmen), Art. 80 Abs. 4 Bildungsgesetz
Erläuterungen zum Stellenbedarf	Durch die Einführung des Kinderbetreuungsgesetzes per 1.1.2023 sind die Aufgaben stetig gestiegen. Das Gesetz ist bald vollständig umgesetzt und die dafür gesprochenen 50 Stellenprozente genügen bei Weitem nicht mehr. Neben den bisherigen Aufgaben kommen die Abrechnungen mit den Gemeinden dazu, da diese Beiträge ebenfalls durch den Kanton abgerechnet werden. Die Sprachstandserfassung, die bei allen Kindern rund ein Jahr vor dem Kindergarten (rund 360 Kinder) durchgeführt wird, führt zu einem erheblichen Aufwand und auch die Aufsicht über die Spielgruppen kommt neu dazu. Zudem ergeben sich immer wieder Vorgaben (Bund, PAVO), z.B. müssen die Einrichtungen neu alle geplanten Anstellungen fortlaufend melden. Die Fachstelle ist verpflichtet, den Leumund aller anzustellenden Personen zu überprüfen, indem ein "Behördenauszug 2" über das kantonale Strafregister-Informationssystem VOSTRA eingeholt wird.	Der Schulpsychologische Dienst SPD bereitet die Sonderschulmassnahmen vor, die vollumfänglich vom Kanton bezahlt werden. Seit über einem Jahrzehnt sind die Stellenprozente für den Abklärungsdienst (ohne die 80% Sekretariat und 30% Leitung) mit 280% gleich hoch und reichen nicht mehr. Die Fallzahlen wie auch die Komplexität der Fälle sowie Anfragen von Schulen steigen stetig. Die aktuell bestehende Warteliste wird auch von politischer Seite als unbefriedigend erachtet. Die Schulpsychologie Schweiz gibt eine Versorgungsdichte von 100 Stellenprozenten pro 1000 - 1'500 Schülerinnen und Schüler an, was für den Kanton Glarus berechnet rund 370 bis 460 Stellenprozente bedeutet.

Stellenbezeichnung	Kaufm. Fachspezialist/in Familienfragen	Schulpsychologe / Schulpsychologin
Aufgaben/ Kompetenzen	Beaufsichtigt die Kinderkrippen, Tagesfamilien und die schulergänzenden Tagesstrukturangebote im ganzen Kanton. Steuert und leitet das gesamte Betriebsbewilligungsverfahren. Kontrolliert die Abrechnungen der Institutionen und zahlt die entsprechenden Kantons- und Gemeindebeiträge aus. Rechnet mit den Gemeinden ab (hälftige Übernahme der Kosten), führt die Sprachstandserfassung bei allen Kindern rund ein Jahr vor dem Kindergarten (rund 360 Kinder) durch, beaufsichtigt die Spielgruppen und fordert die Behördenauszüge 2 ein und kontrolliert diese. Verantwortet ein Budget von über 1.6 Mio. Franken.	Ermittelt gemäss Bildungsgesetz den individuellen Bedarf bei verstärkten sonderpädagogischen Massnahmen. Das heisst, es werden Abklärungen anhand des standardisierten Abklärungsverfahrens SAV und Gespräche durchgeführt, die zur Hauptsache dazu dienen, Grundlagen zu erarbeiten, um über Art und Umfang der verstärkten Massnahmen entscheiden zu können.
Anforderungsprofil	Vorbildung auf Stufe Fachhochschule, höhere Berufsbildung oder gleichwertige Ausbildung	Psychologiestudium (Lizentiat/Master) mit entsprechender Weiterbildung in Schulpsychologie oder der Bereitschaft, letzteres berufsbegleitend zu erwerben
Grund für das Stellenbegehren	☐ neue Aufgabe (Bund) ☒ neue Aufgabe (neue Gesetzte/Verordnungen) ☐ Stelle finanziert sich selber (Ertrag) / führt zu Einsparungen ☐ strategische Bedeutung der Aufgabe / Stelle ☐ Legislaturziel/Massnahme aus Legislaturplanung ☒ politische Relevanz/Aktualität ☒ wachsendes/zunehmendes Arbeitsvolumen	☐ neue Aufgabe (Bund) ☐ neue Aufgabe (neue Gesetzte/Verordnungen) ☐ Stelle finanziert sich selber (Ertrag) / führt zu Einsparungen ☐ strategische Bedeutung der Aufgabe / Stelle ☒ Legislaturziel/Massnahme aus Legislaturplanung ☒ politische Relevanz/Aktualität ☒ wachsendes/zunehmendes Arbeitsvolumen
Einsparung aufgrund der neuen Stelle	Nein	Ja, da hauptsächlich Sonderschulmassnahmen erarbeitet werden, wird mehr Zeit für beratende Gespräche mit den Schulen und Eltern zur Verfügung stehen.
Arbeitspensum	50 %	60 %
Dauer	unbefristet	unbefristet
Lohnband	9	10
Lohnkosten	2027: 30'000 Fr. 2028: 72'000 Fr.	2027: 72'000 Fr. 2028: 72'000 Fr.

Stellenbezeichnung	Techn. Fachspezialist/in Datenbanken und GIS	Techn. Fachspezialist/in Naturschutz
Verwaltungseinheit	DBU / Hochbau / Raumentwicklung / Geoinformation	DBU / Umwelt, Wald und Energie / Umweltschutz und Energie / Fachbereich Natur- und Landschaftsschutz
Kostenstelle	40102 resp. Lohnkosten auf 40100	40300
Personalsituation der Verwaltungseinheit:	Stellenprozente 390 % resp. 650 % Anzahl Mitarbeiter 5 resp. 8	Stellenprozente 860 % resp. 990 % Anzahl Mitarbeiter 11 resp. 14
Lohnkosten (KA 3010.00)	Rechnung 2025: 785'775 Fr. Budget 2026: 792'000 Fr.	Rechnung 2025: 1'078'120 Fr. Budget 2026: 1'100'000 Fr.
Aufgaben der Verwaltungseinheit	Vollzug gemäss USG, GSchG, EnG, NHG, FischG, JSG, WaldG, RBG, StrassenG	Vollzug gemäss NHG und GSchG
Erläuterungen zum Stellenbedarf	Digitalisierung sowie die wachsende Bedeutung raumbezogener Daten führen zu steigenden Anforderungen an die Entwicklung, Integration und Wartung von Geodaten (geografische Daten) sowie Geoinformationssystemen (GIS). Aktuell besteht ein erhöhter Bedarf an: - datentechnische Schnittstelle zwischen Fachstellen des DBU und der Fachstelle Geoinformation - Automatisierung von Geodatenprozessen - Abgleich und Synchronisation von Grundlagedaten, welche aktuell von verschiedenen Abteilungen separat geführt werden (Bsp. Waldreservate) - Überführung von analogen oder tabellengestützten Daten in GIS-Applikationen - Entwicklung benutzerfreundlicher Web- und Desktop-GIS-Applikationen - Sicherstellung von Datenqualität und Systemstabilität - Wartung der Datenbanken (SQL) und Datenmanagement in Abstimmung mit den Fachstellen - Support von externen Datenlieferanten und Datenbanknutzern - die Anforderungen des Bundes erfüllen zu können - interne Kompetenzen im Bereich GIS und Datenmanagement nachhaltig aufzubauen - Prozesse zu optimieren und zu standardisieren	Zur Umsetzung der festgelegten und definierten Ziele und Massnahmen der Biodiversitätsstrategie ist die Fachstelle für Naturschutz mit einem wachsenden Aufgabenportfolio konfrontiert. U.a. Planung und Umsetzung von Fördermassnahmen, Beratung von Gemeinden und Privaten, Vollzug gesetzlicher Vorgaben sowie Monitoring und Berichterstattung. Mit den bestehenden personellen Ressourcen können die Ziele nicht wirksam, zielgerichtet und fristgerecht umgesetzt werden. Es wären externe Mandate erforderlich, die höhere finanzielle Ausgaben zur Folge hätten. Aufgrund der finanziellen Ziele des kantonalen Sparpakets im Bereich Naturschutz können die mit dem Bund vereinbarten Programmziele nicht erfüllt und die vereinbarten Bundesbeiträge nicht abgeholt werden. Ein Teil der beantragten Stellenprozente wird daher für die Erfüllung dieser Aufgaben verwendet (befristet) und mit dem Bund gegengerechnet werden. Ohne die beantragte Stelle, sind die entsprechenden Bundesbeiträge zurückzuzahlen. Die Biodiversitätsstrategie zeigt auf, dass eine Erhöhung des Stellenetats im Bereich Naturschutz von rund 40% benötigt wird. Es gibt aktuell und mittelfristig Engpässe in folgenden Bereichen:

Stellenbezeichnung	Techn. Fachspezialist/in Datenbanken und GIS	Techn. Fachspezialist/in Naturschutz
	- die Datenverfügbarkeit und -qualität zu verbessern - die digitale Transformation der Organisation aktiv voranzutreiben - die Bevölkerung aktiv und einfach zu informieren - interner Know-how-Erhalt - und generell den Beschluss, die Datenhoheit intern zu behalten und mit entsprechenden Ressourcen zu unterstützen Derzeit werden in den Abteilungen Umweltschutz und Energie, Wald und Naturgefahren sowie der Abteilung Tiefbau mit Praktikanten und Praktikantinnen, Fachspezialisten oder gar mit Externen die Daten aufgearbeitet und Datenbanken bereinigt.	- Umsetzung der Ökologischen Infrastruktur und Aufwertung in Schwerpunkträumen der ökologischen Infrastruktur - Gebiete von nationaler und kantonaler Bedeutung langfristig sichern und aufwerten - Beratungsaufgaben im Vollzug Der Stellenantrag weist daher einen befristeten Anteil (10%) für 2 Jahre auf, um die Anforderungen der Programmvereinbarungen zu erfüllen und keine Bundesbeiträge zurückzahlen zu müssen und einen unbefristeten Anteil (40%), der die Mindestumsetzung der Ziele der Biodiversitätsstrategie und der ökologischen Infrastruktur gewährleistet. Der Bundesrat schätzt die Kosten beim Verzicht auf Schutz- und Fördermassnahmen im Jahr 2050 im Bereich Biodiversität auf 14 bis 16 Milliarden Franken pro Jahr oder 2 bis 2.5 Prozent des Bruttoinlandprodukts BIP (Botschaft des Bundesrates zur Biodiversitätsinitiative vom 4. März 2022). Entsprechend kann davon ausgegangen werden, dass ein Nichthandeln auch für den Kanton Glarus zu höheren Mehrkosten führen dürfte.
Aufgaben/ Kompetenzen	• Unterstützung der Fachstellen im Bereich Geodaten, Datenmanagement und GIS • Betreiben von Datenbanken und GIS • Zuständig für die Geodatenorganisation der Abteilung Umweltschutz und Energie, Wald und Naturgefahren, Abteilung Tiefbau, Abteilung Hochbau • Modellkonforme Datenlieferungen an die FS Geoinformation • Weiterentwicklung und Unterhalt der bestehenden Geodatenprozesse • Schnittstellenfunktion zwischen den Fachabteilungen und der FS Geoinformation • Einsitz in der operativen Fachgruppe Geoinformation (GS VII A/2/3 Art. 8)	• Erarbeitung von Plangrundlagen und Umsetzungskonzepten für die Schwerpunkträume der Ökologischen Infrastruktur • Verhandlungen mit GrundeigentümerInnen, etc. • Erarbeitung von Schutzzonenplänen und Schutzbeschlüssen sowie Besucherlenkungskonzepten • Praktische Umsetzung von Massnahmen vor Ort • Kartierung von Lebensräumen und Ansprache von Arten verschiedener Artgruppen im Feld • Koordination der Umsetzung, Erfolgskontrolle und Planung nächste Etappen

Stellenbezeichnung	Techn. Fachspezialist/in Datenbanken und GIS	Techn. Fachspezialist/in Naturschutz
Anforderungsprofil	• Hochschul- oder Fachhochschulausbildung im Bereich Informatik, Data Science • Naturwissenschaftliche Hochschul- oder Fachhochschulausbildung mit Schwerpunkt GIS • Informatikkenntnisse	• Naturwissenschaftliche Hochschul- oder Fachhochschulausbildung im Bereich Umwelt
Grund für das Stellenbegehren	☐ neue Aufgabe (Bund) ☒ neue Aufgabe (neue Gesetzte/Verordnungen) ☒ Stelle finanziert sich selber (Ertrag) / führt zu Einsparungen ☒ strategische Bedeutung der Aufgabe / Stelle ☐ Legislaturziel/Massnahme aus Legislaturplanung ☒ politische Relevanz/Aktualität ☒ wachsendes/zunehmendes Arbeitsvolumen	☐ neue Aufgabe (Bund) ☒ neue Aufgabe (neue Gesetzte/Verordnungen) ☐ Stelle finanziert sich selber (Ertrag) / führt zu Einsparungen ☒ strategische Bedeutung der Aufgabe / Stelle ☐ Legislaturziel/Massnahme aus Legislaturplanung ☒ politische Relevanz/Aktualität ☒ wachsendes/zunehmendes Arbeitsvolumen
Einsparung aufgrund der neuen Stelle	Die Datenverfügbarkeit ist insbesondere im Bereich Naturgefahren auch ausschlaggebend, dass Mehrleistungen beim Bund geltend gemacht werden können. Dies führt zu höheren Subventionssätzen bei Projekten zum Schutz vor Naturgefahren. Beim Entwässerungstollen Braunwald beträgt der Zuschlag rund 13.5 Millionen Franken, welcher dem Kanton Glarus zusätzlich zufliesst (Mehrleistungen und Schwerfinanzierbarkeitszuschlag). Derzeit werden wiederkehrend mehrere externe Aufträge für die Datenbereinigung und Herstellung von Modellkonformität erteilt (20'000 bis 40'000.-/jährlich). Mittels der Mehrleistungen und des Schwerfinanzierbarkeitszuschlag fliessen dem Kanton im Bereich Naturgefahren aufgrund erfüllter Datenverfügbarkeit grosse Zusatzbeträge seitens Bund zu, welche die Kantonskasse massgeblich entlasten. Mit verlässlichen Geodaten bietet der Kanton einen wirtschaftlichen Nutzen für Gewerbetreibenden, Ingenieurbüros und Private.	32'000 (bis Ende 2028), zudem sind Rückzahlungen an den Bund fällig (höherer sechsstelliger Betrag) falls die vereinbarten Ziele der Programmvereinbarung 2025-2028 nicht umgesetzt werden können.
Arbeitspensum	80 %	50 %
Dauer	befristet bis 12/28	40 % unbefristet 10% befristet bis 12/28

<i>Stellenbezeichnung</i>	<i>Techn. Fachspezialist/in Datenbanken und GIS</i>	<i>Techn. Fachspezialist/in Naturschutz</i>
Lohnband	9	8
Lohnkosten	2027: 91'200 Fr. 2028: 91'200 Fr.	2027: 60'000 Fr. 2028: 60'000 Fr.

<i>Stellenbezeichnung</i>	<i>Kaufm. Sachbearbeiter/in Berufsbeistandschaft</i>	<i>Leitung Fachstelle Administrativmassnahmen</i>
Verwaltungseinheit	DVI / Soziales / Soziale Dienste / Zentrale Dienste	DSJ / Staats- und Jugendanwaltschaft / Administrativmassnahmen
Kostenstelle	50420	60430
Personalsituation der Verwaltungseinheit:	Stellenprozente 2440 % Anzahl Mitarbeiter 37 (exkl. MA in Ausbildung, Lernende)	Stellenprozente 210 % Anzahl Mitarbeiter 3
Lohnkosten (KA 3010.00)	Rechnung 2025: 2'654'628 Fr. Budget 2026: 2'772'000 Fr.	Rechnung 2025: 264'357 Fr. Budget 2026: 230'000 Fr.
Aufgaben der Verwaltungseinheit	Zentrale Dienste Bereich Berufsbeistandschaft	Erstinstanzliche Anordnung von Administrativmassnahmen im Strassenverkehr (Art. 3 Abs. 2 EG SVG)
Erläuterungen zum Stellenbedarf	Die Sozialen Dienste führen im Auftrag der KESB Mandate im Kindes- und Erwachsenenschutz (Berufsbeistandschaft). Die Fallzahlen sind markant angestiegen um 58 %, von 270 Ende 2019 auf 415 per Ende 2025 und ist weiterhin steigend. Die Fälle werden komplexer und betreuungsintensiver, was zu einer erheblichen Mehrbelastung bei den Berufsbeistandspersonen sowie im Sekretariat führt. Die steigende Fallbelastung wirkt sich direkt auf die administrativen Kapazitäten im Sekretariat aus. Bei der Berufsbeistandschaft wurden zwei zusätzliche Stellen geschaffen, bei den Zentralen Diensten ist der Stellenetat unverändert geblieben trotz erhöhter Arbeitsbelastung. Eine Erhöhung der personellen Ressourcen in den Zentralen Diensten ist daher erforderlich.	Seit September 2024 wird die Fachstelle Administrativmassnahmen befristet mit zusätzlichen 40 Stellenprozente verstärkt. Die Entlastung hat gezeigt, dass neben der operativen Fallbearbeitung auch in der fachlichen Führung, Qualitätssicherung und Koordination ein dauerhafter Mehrbedarf besteht. Mit der Zunahme medizinisch geprägter und rechtlich anspruchsvoller Verfahren steigt der Bedarf an fachlicher Steuerung. Die Fachstellenleiterin ist vermehrt in komplexe Fahreignungs- und Sicherungsmassnahmen, die Priorisierung und Zuteilung der Geschäfte, die Unterstützung der Sachbearbeitung in anspruchsvollen Fällen, die Qualitätssicherung, die Klärung von Rechtsfragen sowie die Sicherstellung einer einheitlichen Praxis eingebunden. Diese Aufgaben sind für eine rechtsgleiche, fristgerechte und belastbare Verfahrensführung strategisch bedeutsam. Eine befristete Erhöhung um 10 Stellenprozente für die Fachstellenleitung ist absolut notwendig, damit komplexe Fälle rasch bearbeitet, Mitarbeitende wirksam geführt und die Verfahrensqualität dauerhaft sichergestellt werden können.

Stellenbezeichnung	Kaufm. Sachbearbeiter/in Berufsbeistandschaft	Leitung Fachstelle Administrativmassnahmen
Aufgaben/ Kompetenzen	Die Aufgaben und Kompetenzen entsprechen den bestehenden Stellen in der Sachbearbeitung Berufsbeistandschaft bei den Zentralen Dienstenarbeitenden bei den Zentralen Diensten.	Die Aufgaben und Kompetenzen der bestehenden Stelle bleiben bestehen.
Anforderungsprofil	Anforderungsprofil analog kaufm. Sachbearbeiter/innen bei den Zentralen Diensten.	Das Anforderungsprofil der bestehenden Stelle bleibt bestehen.
Grund für das Stellenbegehren	☐ neue Aufgabe (Bund) ☐ neue Aufgabe (neue Gesetze/Verordnungen) ☐ Stelle finanziert sich selber (Ertrag) / führt zu Einsparungen ☐ strategische Bedeutung der Aufgabe / Stelle ☐ Legislaturziel/Massnahme aus Legislaturplanung ☒ politische Relevanz/Aktualität ☒ wachsendes/zunehmendes Arbeitsvolumen	☐ neue Aufgabe (Bund) ☒ neue Aufgabe (neue Gesetze/Verordnungen) ☐ Stelle finanziert sich selber (Ertrag) / führt zu Einsparungen ☒ strategische Bedeutung der Aufgabe / Stelle ☐ Legislaturziel/Massnahme aus Legislaturplanung ☒ politische Relevanz/Aktualität ☒ wachsendes/zunehmendes Arbeitsvolumen
Einsparung aufgrund der neuen Stelle	Vermeidung bzw. Reduktion von kostenintensiven Eskalationen oder langwierigen Verfahren. Entlastung der Berufsbeiständen von administrativen Aufgaben. Ungenügend geltend gemachte Ansprüche von Berufsbeistandspersonen bergen ein Staatshaftungsrisiko. Eine ungenügende Prüfung der sachlichen und örtlichen Zuständigkeit kann zu gravierenden Mehrkosten führen.	Direkte Einsparungen lassen sich durch die zusätzliche Leitungsressource nicht beziffern. Sie sichert jedoch eine einheitliche, qualitativ belastbare und fristgerechte Verfahrensführung und verhindert Reibungsverluste in der Sachbearbeitung.
Arbeitspensum	100 %	10 %
Dauer	befristet bis 12/28	befristet bis 03/29
Lohnband	5	6
Lohnkosten	2027: 70'200 Fr. 2028: 70'200 Fr.	2027: 12'000 Fr. 2028: 12'000 Fr.

Stellenbezeichnung	Kaufm. Sachbearbeiter/in Administrativmassnahmen	Kaufm. Sachbearbeiter/in Migration
Verwaltungseinheit	DSJ / Staats- und Jugendanwaltschaft / Administrativmassnahmen	DSJ / Justiz / Migration und Passbüro
Kostenstelle	60430	60510
Personalsituation der Verwaltungseinheit:	Stellenprozente 210 % Anzahl Mitarbeiter 3	Stellenprozente 740 % Anzahl Mitarbeiter 11
Lohnkosten (KA 3010.00)	Rechnung 2025: 264'357 Fr. Budget 2026: 230'000 Fr.	Rechnung 2025: 669'472 Fr. Budget 2026: 654'000 Fr.
Aufgaben der Verwaltungseinheit	Erstinstanzliche Anordnung von Administrativmassnahmen im Strassenverkehr (Art. 3 Abs. 2 EG SVG)	Zuständig für alle Bereiche im Ausländerrecht, Schweizer Ausweise und Ausweise für Ausländer.
Erläuterungen zum Stellenbedarf	Seit September 2024 wird die Fachstelle Administrativmassnahmen befristet mit zusätzlichen 40 Stellenprozente verstärkt. Dies hat dazu beigetragen, die Bearbeitung sicherheitsrelevanter Verfahren zeitnah sicherzustellen, Fristen einzuhalten und einen weiteren Pendenzenanstieg zu vermeiden. Die Fachstelle ist mit einem wachsenden und aufwändiger gewordenen Arbeitsvolumen konfrontiert. V.a. Verfahren zur Abklärung der Fahreignung sind häufig medizinisch geprägt, verfahrensintensiv und zeitkritisch. Das Motorfahrzeug ist für viele Personen im Kanton bis ins hohe Alter zentral. Damit nehmen Zahl und Komplexität der Verfahren zur Überprüfung der Fahreignung zu. Administrativmassnahmen im Strassenverkehr sind für die Verkehrssicherheit von unmittelbarer Bedeutung. Sicherungsmassnahmen und Fahreignungsabklärungen müssen ohne Verzug bearbeitet werden. Bei polizeilichen Führerausweisabnahmen ist seit einer Änderung der Verkehrszulassungsverordnung per April 2023 ("Motion Caroni") in 10 Arbeitstagen zu entscheiden. Die befristete Erhöhung um 30 Stellenprozente in der Sachbearbeitung ist erforderlich zur Bewältigung des gestiegenen Arbeitsvolumens, der fristgerechten Verfahrensführung und Verhinderung Pendenzenaufbau.	Mit der Einführung der CH-IDK mit Chip in der Schweiz werden per 1. November 2026 alle Schweizer Ausweisesgeschäfte über die kantonalen Passbüros abgewickelt. Die Gemeinden haben ab diesem Datum keine Aufgaben mehr in diesem Bereich. Per 10. April 2026 wurde im Schengenraum das "Entry-Exit-System" (EES) eingeführt. Damit müssen alle Personen aus Drittstaaten, die für einen vorübergehenden Aufenthalt im Schengenraum einreisen wollen, registriert werden. Nichtregistrierte Personen werden in den zuständigen Kantonen registriert. Per 1. Januar 2027 müssen bei Drittstaatsangehörigen bei jeder Biometrieerfassung 10-Finger erfasst werden. Per 1. Dezember 2026 wird in der Schweiz die elektronische Identität (E-ID) gestaffelt eingeführt. Der Kanton Glarus plant die Einführung per Februar 2027: Kunden pro Jahr bisher: 5124 Zusätzliche Kunden pro Jahr ab Februar 2027: 3527 Total Kunden ab 2027: 8651 plus Bevölkerungswachstum Zusätzlicher Mehraufwand für 10-Finger-Erfassung: 80 Stunden pro Jahr <u>(Bitte beachten Sie zu diesem Antrag auch die erweiterte Stellungnahme zum Personalbudget 2027)!</u>

Stellenbezeichnung	Kaufm. Sachbearbeiter/in Administrativmassnahmen	Kaufm. Sachbearbeiter/in Migration
Aufgaben/ Kompetenzen	Die Aufgaben und Kompetenzen der bestehenden Stelle bleiben bestehen.	- Sämtliche Ausweisgeschäfte und Biometrieerfassungen (Schweizer und Ausländer); - Erfassung von ausländischen Personen in Portis (EES); - Kantonale Ansprechstelle für E-ID.
Anforderungsprofil	Das Anforderungsprofil der bestehenden Stelle bleibt bestehen.	Das Anforderungsprofil entspricht den bestehenden kaufm. Sachbearbeitenden bei der Migration.
Grund für das Stellenbegehren	☐ neue Aufgabe (Bund) ☒ neue Aufgabe (neue Gesetze/Verordnungen) ☒ Stelle finanziert sich selber (Ertrag) / führt zu Einsparungen ☒ strategische Bedeutung der Aufgabe / Stelle ☐ Legislaturziel/Massnahme aus Legislaturplanung ☒ politische Relevanz/Aktualität ☒ wachsendes/zunehmendes Arbeitsvolumen	☒ neue Aufgabe (Bund) ☒ neue Aufgabe (neue Gesetze/Verordnungen) ☒ Stelle finanziert sich selber (Ertrag) / führt zu Einsparungen ☒ strategische Bedeutung der Aufgabe / Stelle ☐ Legislaturziel/Massnahme aus Legislaturplanung ☒ politische Relevanz/Aktualität ☒ wachsendes/zunehmendes Arbeitsvolumen
Einsparung aufgrund der neuen Stelle	Nein. Die Stelle wird jedoch zu einem erheblichen Teil durch Gebühreneinnahmen mitfinanziert.	Nein. Bei den drei Einwohnerkontrollen der Glarner Gemeinden fallen hingegen sämtliche bisherigen Aufgaben im Bereich der CH-IDK weg. Auch die entsprechende Infrastruktur wird nicht mehr benötigt. Die beantragte Stelle finanziert sich selbst. In Zahlen: Bisheriger, jährlicher Überschuss Passbüro (ohne Lohnkosten bei 120 Stellenprozent): CHF 256'300.- Zusatzeinnahmen aus IDK ab November 2026 pro Jahr: CHF 33'000.- Zusatzeinnahmen aus E-ID ab Februar 2027 pro Jahr: CHF 40'000.-
Arbeitspensum	30 %	80 %
Dauer	befristet bis 03/29	unbefristet
Lohnband	5	4
Lohnkosten	2027: 31'800 Fr. 2028: 31'800 Fr.	2027: 84'000 Fr. 2028: 84'000 Fr.

<i>Stellenbezeichnung</i>	<i>Kaufm. Fachspezialist/in Konkursamt</i>
Verwaltungseinheit	DSJ / Justiz / Betreibungs- und Konkursamt
Kostenstelle	60700
Personalsituation der Verwaltungseinheit:	Stellenprozente 1080 % Anzahl Mitarbeiter 12
Lohnkosten (KA 3010.00)	Rechnung 2025: 843'298 Fr. Budget 2026: 939'000 Fr.
Aufgaben der Verwaltungseinheit	Das Betreibungs- und Konkursamt ist für den Vollzug von Betreibungen und Konkursen zuständig.
Erläuterungen zum Stellenbedarf	1. Neue Aufgabe (Revision SchKG): a) Mit der am 1. Januar 2025 in Kraft getretenen Änderung von Art. 43 SchKG sind Steuern, Abgaben, Bussen, Prämien der obligatorischen Unfallversicherung etc. gegen im Handelsregister eingetragene Personen neu auf dem Wege der Konkursbetreibung zwangsvollstreckungsrechtlich geltend zu machen. b) Am 1. Januar 2025 ist Art. 11 Abs. 2 SchKG in Rechtskraft erwachsen. Alle von Amtes wegen zu verfolgenden Verbrechen und Vergehen oder konkrete Verdachtsmomente sind den Strafverfolgungsbehörden anzuzeigen. c) Per 1. Januar 2025 ist Art. 230 Abs. 2 SchKG geändert worden. Neu ist die Fachstelle verpflichtet, die Kurseinstellung allen bekannten Gläubigern mitzuteilen. d) Konkursverfahren sind zunehmend aufwändiger und komplizierter werden. Dies trifft insbesondere auf Konkursverfahren mit Kontakten zu ausländischen Behörden bzw. im Ausland gelegenen Liegenschaften zu. Auch gibt es deutlich mehr Konkursverfahren, bei denen Liegenschaften zu verwalten und zu verwerten sind. 2. Stellenbedarf: Die Fachstelle verfügt derzeit über 200 Stellenprozente, wobei nur der Fachstellenleiter in der

Stellenbezeichnung	Kaufm. Fachspezialist/in Konkursamt
	Lage ist, den Konkurs einer Gesellschaft oder einer konkursamtlichen Nachlassliquidation abzuwickeln. 3. Staatshaftung: Gemäss Art. 270 SchKG sollten Konkursverfahren innert eines Jahres durchgeführt sein. Die Fachstelle ist aufgrund fehlender Personalressourcen nicht in der Lage, etwas aufwändigere Konkursverfahren innert Jahresfrist zu erledigen. Mit der ab 2026 zu erwartenden Zunahme der Konkurseröffnungen wird sich der Anteil der nicht innert Jahresfrist abgeschlossenen Konkursverfahren massiv erhöhen. Damit steigt die Gefahr, einer Rechtsverzögerungsbeschwerde und damit auch einer finanziellen Haftung des Kantons.
Aufgaben/ Kompetenzen	• Selbständige Durchführung von Konkursverfahren: • Durchführen von Einvernahmen und Inventaraufnahmen • Erstellen von Lastenverzeichnissen, Kollokationsplänen und Verteilungsplänen • Verwertung von Aktiven
Anforderungsprofil	• KV-Abschluss mit eidg. dipl. Fachmann/Fachfrau Konkurs oder abgeschlossenes juristisches Studium mit Erfahrung auf einem Konkursamt
Grund für das Stellenbegehren	☐ neue Aufgabe (Bund) ☒ neue Aufgabe (neue Gesetzte/Verordnungen) ☒ Stelle finanziert sich selber (Ertrag) / führt zu Einsparungen ☐ strategische Bedeutung der Aufgabe / Stelle ☐ Legislaturziel/Massnahme aus Legislaturplanung ☐ politische Relevanz/Aktualität ☒ wachsendes/zunehmendes Arbeitsvolumen
Einsparung aufgrund der neuen Stelle	Nein. Für die Amtshandlungen der Fachstelle können nach dem Gebührentarif Kosten in Rechnung gestellt werden. Die Durchführung von mehr Konkursverfahren generiert also auch höhere Erträge, sodass die Kosten

<i>Stellenbezeichnung</i>	<i>Kaufm. Fachspezialist/in Konkursamt</i>
	einer Pensenerhöhung zumindest teilweise mit höheren Gebühreneinnahmen gedeckt werden können.
Arbeitspensum	30 %
Dauer	befristet bis 06/29
Lohnband	8
Lohnkosten	2027: 15'750 Fr. 2028: 31'500 Fr.

Beilage 3: Übersicht Stellenbegehren von aktuell befristeten Stellen

Stellenbezeichnung	Techn. Fachspezialist/in Denkmalpflege (Wissenschaftliche Mitarbeiter/in)	Fachstellenleitung Häusliche Gewalt
Verwaltungseinheit	DBK / Kultur / Denkmalpflege und Ortsbildschutz	DVI / Departementssekretariat
Kostenstelle	30802	50100
Personalsituation der Verwaltungseinheit:	Stellenprozente 180 % Anzahl Mitarbeiter 3	Stellenprozente 450 % (wovon 40 befristet bis 03/27) Anzahl Mitarbeiter 6
Lohnkosten (KA 3010.00)	Rechnung 2025: 257'000 Fr. Budget 2026: 212'500 Fr.	Rechnung 2025: 571'501 Fr. Budget 2026: 579'000 Fr.
Aufgaben der Verwaltungseinheit	• Beurteilung von Baugesuchen an Schutz- und Inventarobjekten in schützenswerten Ortsbildern von nationaler Bedeutung und ausserhalb der Bauzonen; • Bauberatung an Schutz- und Inventarobjekten • Budgetierung Beiträge Bund und Kanton; • Begleitung von baugeschichtlichen Untersuchungen • Mitarbeit Ortsplanungen und Überbauungsplänen; • Mitwirkung und Stellungnahmen zu Raum-, Nutzungs- und Bauplanungen, Vorprüfung und Genehmigung Nutzungspläne der Gemeinden; • Betreuung GIS-Portal.	Aufgabe ergibt sich aufgrund der Umsetzung der Istanbul-Konvention
Erläuterungen zum Stellenbedarf	Der Landrat hat mit LRB § 193 vom 06.12.2023 eine zusätzliche Stelle für die Denkmalpflege bewilligt. Von den 100 Stellenprozent wurden 50 Prozent befristet bis Ende 2025 und mit LRB § 450 vom 03.12.2025 verlängert bis Ende 2026. Die Pendenzen bei der Bearbeitung der Baugesuche sind nun auf einem vertretbaren Niveau. Um diesen Zustand zu halten, sind die Grundlagen- und Rechercharbeit sowie die Wahrnehmung von Ortsterminen durch die Denkmalpflegerin zwingend erforderlich. Es ist mit einer weiter anhaltenden Bautätigkeit und Verdichtung / Bauen im Bestand für den Kanton Glarus zu rechnen.	Neue Aufgabe und Stelle im Zusammenhang mit der Umsetzung der Istanbul-Konvention. Nach Abschluss der einjährigen Aufbau- und Pilotphase (vgl. Abschlussbericht zur Umsetzung der Istanbul-Konvention im Kanton Glarus v. 17.8.2023 an RR und RRB 450 v. 22.8.2023) wurde die Stelle dreimal um jeweils ein Jahr verlängert. Der Stellenbedarf beläuft sich auf 40 %. Die Stelle teilen sich die vormalige Projektleiterin Petra Baumann und Anja Elmer im Sekretariat mit je 20 %. Der gesetzlich geforderte Aktion- und Massnahmenplan wurde erarbeitet und wird laufend weiterentwickelt. Es finden regelmässige runde Tische der verschiedenen

Stellenbezeichnung	Techn. Fachspezialist/in Denkmalpflege (Wissenschaftliche Mitarbeiter/in)	Fachstellenleitung Häusliche Gewalt
	Im 2025 betrug die Zahl der bearbeiteten Baugesuche 400, im 2026 wurden Stand Juni 190 Baugesuche bearbeitet. Zu Jahresende treffen erfahrungsgemäss noch mehr Baugesuche ein.	Akteure zwecks Vernetzung und Verbesserung der Zusammenarbeit statt. Lücken im System, z. B. im Bereich der Gewaltberatung, werden erkannt und angegangen. Darüber hinaus können dank der Etablierung interkantonalen Projekte Synergien, z. B. im besonders komplexen Bereich des Menschenhandels, besser genutzt werden. Durch gezielte Öffentlichkeitsarbeit wird zudem die Zivilbevölkerung sensibilisiert und zur aktiven Mitwirkung angeregt. Die Stelle hat sich etabliert und der Stellenbedarf sowie die Verortung sind eruiert.
Aufgaben/ Kompetenzen	Gemäss dem bestehenden Anforderungsprofil und Stellenbeschrieb.	- Sicherstellung der Rahmenbedingungen zur Umsetzung der Istanbul-Konvention im Kanton Glarus - Schnittstelle für umfassendes koordiniertes Vorgehen im Bereich häusliche Gewalt und Gewaltprävention - Ausarbeitung eines kantonalen Aktionsplans zuhanden der Regierung - Kommunikation und Öffentlichkeitsarbeit in den genannten Bereichen - Entwicklung und Pflege der interinstitutionellen Zusammenarbeit
Anforderungsprofil	- Abgeschlossenes Hochschulstudium - Bauerfahrung mit Denkmalobjekten/geschützten Ortsbildern	Hochschulabschluss, vorzugsweise in Sozialwissenschaften (Soziale Arbeit) und fundierte Kenntnisse im Themenfeld Gewaltprävention, Gewaltschutz und Gleichstellungsfragen
Grund für das Stellenbegehren	☐ neue Aufgabe (Bund) ☐ neue Aufgabe (neue Gesetzte/Verordnungen) ☒ Stelle finanziert sich selber (Ertrag) / führt zu Einsparungen ☒ strategische Bedeutung der Aufgabe / Stelle ☒ Legislaturziel/Massnahme aus Legislaturplanung ☒ politische Relevanz/Aktualität ☐ wachsendes/zunehmendes Arbeitsvolumen	☒ neue Aufgabe (Bund) ☒ neue Aufgabe (neue Gesetzte/Verordnungen) ☐ Stelle finanziert sich selber (Ertrag) / führt zu Einsparungen ☐ strategische Bedeutung der Aufgabe / Stelle ☐ Legislaturziel/Massnahme aus Legislaturplanung ☒ politische Relevanz/Aktualität ☐ wachsendes/zunehmendes Arbeitsvolumen

<i>Stellenbezeichnung</i>	<i>Techn. Fachspezialist/in Denkmalpflege (Wissenschaftliche Mitarbeiter/in</i>	<i>Fachstellenleitung Häusliche Gewalt</i>
Einsparung aufgrund der neuen Stelle	Nein. Die befristete Stelle ist teilweise refinanziert über Gebühren für die Bearbeitung von Baugesuchen durch die Denkmalpflege (KST 40100, KA 4210.32)	Nein
Arbeitspensum	50 %	20 %
Dauer	befristet bis 12/28	unbefristet
Lohnband	8	11
Lohnkosten	2027: 54'000 Fr. 2028: 54'000 Fr.	2027: 21'528 Fr. 2028: 28'704 Fr.

Stellenbezeichnung	Kaufm. Sachbearbeiter/in 2 Häusliche Gewalt	Sozialarbeiter/in Existenzsicherung (wirtschaftliche Sozialhilfe)
Verwaltungseinheit	DVI / Departementssekretariat	DVI / Soziales / Soziale Dienste / Existenzsicherung
Kostenstelle	50100	50420
Personalsituation der Verwaltungseinheit:	Stellenprozente 450 % (wovon 40 befristet bis 03/27) Anzahl Mitarbeiter 6	Stellenprozente 2440 % Anzahl Mitarbeiter 37 (exkl. MA in Ausbildung, Lernende)
Lohnkosten (KA 3010.00)	Rechnung 2025: 571'501 Fr. Budget 2026: 579'000 Fr.	Rechnung 2025: 2'654'628 Fr. Budget 2026: 2'772'000 Fr.
Aufgaben der Verwaltungseinheit	Aufgabe ergibt sich aufgrund der Umsetzung der Istanbul-Konvention	Existenzsicherung
Erläuterungen zum Stellenbedarf	Neue Aufgabe und Stelle im Zusammenhang mit der Umsetzung der Istanbul-Konvention. Nach Abschluss der einjährigen Aufbau- und Pilotphase (vgl. Abschlussbericht zur Umsetzung der Istanbul-Konvention im Kanton Glarus v. 17.8.2023 an RR und RRB 450 v. 22.8.2023) wurde die Stelle dreimal um jeweils ein Jahr verlängert. Der Stellenbedarf beläuft sich auf 40 %. Die Stelle teilen sich die vormalige Projektleiterin Petra Baumann und Anja Elmer im Sekretariat mit je 20 %. Der gesetzlich geforderte Aktion- und Massnahmenplan wurde erarbeitet und wird laufend weiterentwickelt. Es finden regelmässige runde Tische der verschiedenen Akteure zwecks Vernetzung und Verbesserung der Zusammenarbeit statt. Lücken im System, z. B. im Bereich der Gewaltberatung, werden erkannt und angegangen. Darüber hinaus können dank der Etablierung interkantonalen Projekte Synergien, z. B. im besonders komplexen Bereich des Menschenhandels, besser genutzt werden. Durch gezielte Öffentlichkeitsarbeit wird zudem die Zivil-	Die Fallzahlen haben sich in den letzten zwei Jahren um 13 % erhöht. Auch nimmt die Komplexität zu. Es sind künftig mehr Flüchtlinge in der wirtschaftlichen Sozialhilfe zu erwarten, da die Flüchtlingszahlen wieder im Steigen begriffen sind. Was mit den Geflüchteten aus der Ukraine geschehen wird, nachdem der Schutzstatus S abläuft, ist derzeit noch nicht klar. Von den zur Verfügung stehenden Stellenprozente sind 50 % befristet und laufen am 31. Dezember 2026 aus. Damit die Sozialhilfe ihre Leistungen erbringen kann, sind die personellen Ressourcen weiterhin zur Verfügung zu stellen.

Stellenbezeichnung	Kaufm. Sachbearbeiter/in 2 Häusliche Gewalt	Sozialarbeiter/in Existenzsicherung (wirtschaftliche Sozialhilfe)
	bevölkerung sensibilisiert und zur aktiven Mitwirkung angeregt. Die Stelle hat sich etabliert und der Stellenbedarf sowie die Verortung sind eruiert.	
Aufgaben/ Kompetenzen	• Sicherstellung der Rahmenbedingungen zur Umsetzung der Istanbul-Konvention im Kanton Glarus • Schnittstelle für umfassendes koordiniertes Vorgehen im Bereich häusliche Gewalt und Gewaltprävention • Ausarbeitung eines kantonalen Aktionsplans zuhanden der Regierung • Kommunikation und Öffentlichkeitsarbeit in den genannten Bereichen • Entwicklung und Pflege der interinstitutionellen Zusammenarbeit	• Gemäss dem bestehenden Anforderungsprofil und Stellenbeschrieb
Anforderungsprofil	Kaufmännische Ausbildung	• Fachhochschulabschluss in Sozialer Arbeit oder eine vergleichbare tertiäre Ausbildung • Erfahrung in der Führung von Sozialhilfedossiers • Gute Kenntnisse im Sozialhilfegesetz und Sozialversicherungswesen
Grund für das Stellenbegehren	☒ neue Aufgabe (Bund) ☒ neue Aufgabe (neue Gesetzte/Verordnungen) ☐ Stelle finanziert sich selber (Ertrag) / führt zu Einsparungen ☐ strategische Bedeutung der Aufgabe / Stelle ☐ Legislaturziel/Massnahme aus Legislaturplanung ☒ politische Relevanz/Aktualität ☐ wachsendes/zunehmendes Arbeitsvolumen	☐ neue Aufgabe (Bund) ☐ neue Aufgabe (neue Gesetzte/Verordnungen) ☒ Stelle finanziert sich selber (Ertrag) / führt zu Einsparungen ☐ strategische Bedeutung der Aufgabe / Stelle ☐ Legislaturziel/Massnahme aus Legislaturplanung ☒ politische Relevanz/Aktualität ☒ wachsendes/zunehmendes Arbeitsvolumen
Einsparung aufgrund der neuen Stelle	Nein	Nein. Im Vergleich zu heute erhöhen sich die Personalkosten nicht, da es sich um eine Weiterführung einer auf

<i>Stellenbezeichnung</i>	<i>Kaufm. Sachbearbeiter/in 2 Häusliche Gewalt</i>	<i>Sozialarbeiter/in Existenzsicherung (wirtschaftliche Sozialhilfe)</i>
		drei Jahre befristeten Stelle handelt. Ausreichende personelle Ressourcen in der wirtschaftlichen Sozialhilfe fördern ein kostengünstiges Arbeiten mit sorgfältiger Prüfung der Subsidiarität und nachhaltiger Integration. Zudem benötigen wir die personellen Ressourcen, um die Rückerstattungen in der Sozialhilfe auch weiterhin seriös überprüfen zu können.
Arbeitspensum	20 %	50 %
Dauer	unbefristet	befristet bis 12/28
Lohnband	5	10
Lohnkosten	2027: 14'604 Fr. 2028: 19'472 Fr.	2027: 63'000 Fr. 2028: 63'000 Fr.